

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1896

202 (30.4.1896) Mittagblatt

Karlsruher Zeitung.

Mittagsblatt.

Donnerstag, 30. April.

Mittagsblatt.

№ 202.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonamt Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Sorauszahlung: vierjährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1896.

Amtlicher Theil.

Durch Entschliessung Großh. Zollverwaltung vom 20. April dieses Jahres wurden die Finanzassistenten Friedrich Wilhelm Kutruff beim Hauptsteueramt Freiburg und Viktor Link beim Hauptsteueramt Baden als Buchhalter etatmäßig angestellt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Zur Wahlreform in Oesterreich.

Das österreichische Abgeordnetenhaus ist in der Berathung der Wahlreformvorlage nunmehr bei der Erörterung des Wahlmodus angelangt. Die entscheidende Frage lautet: Sollen künftig alle wahlberechtigten Staatsbürger unmittellbaren Zutritt zur Wahlurne haben oder sollen die Landgemeinden auch ferner durch Wahlmänner wählen und die neue Kurie des allgemeinen Wahlrechtes dieses Wahlrecht nur indirekt durch Vermittlung der Wahlmänner ausüben dürfen? Der Regierungsentwurf hat diese Frage in eigentümlicher Weise gelöst. Er stellt sowohl für die Landgemeinden als auch für die Kurie des allgemeinen Wahlrechtes, mit Ausnahme der wenigen großen Städte, die Wahl durch Wahlmänner auf. Wenn jedoch in einem Lande die Landesgesetzgebung die unmittelbare Wahl der Landtagsabgeordneten für die Landgemeinden beschlossen hat, sind in diesem Lande auch die Reichsrathsabgeordneten sowohl für die Landgemeinden als für die Wählerklasse des allgemeinen Stimmrechtes unmittelbar durch Wahlberechtigte zu wählen. Schon im Wahlreformauschusse hatte diese von der Regierung vorgeschlagene Lösung lebhaften Widerspruch hervorgerufen, und als der Ausschuss in seiner Majorität dem Regierungsvorschlag beitrug, stellte ihm ein jungzeitschischer Abgeordneter ein Minoritätsvotum entgegen, welches dahin lautet, daß in allen Wählerklassen die Abgeordneten durch die Wahlberechtigten unmittelbar gewählt werden. Dem Antrag stimmten fast alle Redner im Plenum zu und er hat eine gewisse Berechtigung. Die Wahlreform vom Jahre 1873 hat die Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses von dem Willen der Landtage unabhängig gestaltet, und es ist ein Anachronismus, wenn man nun von diesem grundlegenden Gedanken abweicht und den Landtagen einen entscheidenden Einfluß auf die Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses wieder einräumt. Allein nicht bloß das verfassungsrechtliche Moment, die Abhängigkeit, in welche der österreichische Reichsrath von den Landtagen gebracht würde, spricht gegen den Reformentwurf. Seit einer langen Reihe von Jahren erheben sich aus dem Kreise der Landgemeinden zahlreiche Stimmen, die immer entschiedener die Aufhebung dieses Privilegiums der Landtage fordern. Es waren wesentlich andere Verhältnisse, unter welchen vor 35 Jahren für die Landgemeinden das beschränkte Wahlrecht geschaffen wurde. Mit Recht fragt die „N. Fr. Pr.“, ob auch jetzt noch, da zum drittenmale an die Reform des Wahlrechtes geschritten wird, das alte Verfahren in Permanenz erklärt und

dessen Beseitigung in das Belieben der Landtage gestellt werden sollte? Die Frage der direkten Wahlen in den Landgemeinden und der allgemeinen Wählerklasse sollte in der eben im Zuge befindlichen Wahlreform eine entschiedene Lösung im fortschrittlichen Sinne finden. Eine Verbesserung der Vorlage in diesem Punkte wäre geboten und durchführbar. Allerdings wäre es an der Regierung, hier ihrem Programme gemäß die Führung zu übernehmen. Für eine einzelne Partei wäre es eine schwierige Zumuthung, daß sie die Verantwortung für ein etwaiges Scheitern einer Reform auf sich nehme, welche 3600 000 Staatsbürger in den Genuß der politischen Rechte setzen soll.

Deutscher Reichstag.

(Telegraphische Ergänzung des vorläufigen Berichts.)
Berlin, 29. April.

§ 7 handelt von dem Ausschluß der Börsebesucher.
Abg. Graf Kanitz: Ich wünsche dringend, daß alle Personen, an denen ein Malat harte, ausgeschlossen werden von dem Besuche der Börse. Am in Arm gehe ich mit Herrn Salomon, der sein lebhaftes Bedauern darüber ausdrückte, daß dort Leute, welche mit sechs Jahren Gefängnis bestraft waren, wieder erschienen seien.
Abg. Dr. Hahn (fraktionslos): Zu der Annahme einer schärferen Bestimmung sei keine Aussicht vorhanden; deshalb müsse man wenigstens annehmen, was § 7 enthalte.
Abg. Singer (Soz.): Er müsse sich auf's entschiedenste dagegen verwahren, als ob die Börse zu einer Pflanzstätte der Moral gemacht werden dürfe; sie sei lediglich ein Institut, an welchem Geschäfte gemacht würden.
Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.) wünscht die Minderjährigen vom Besuche der Börse ausgeschlossen zu sehen. An Stelle des Ausdrucks »Börseorgane« sei ein präzisere Ausdruck erforderlich.
Staatssekretär v. Voetticher: Wenn der Vorredner für Börseorgane einen entsprechenden anderen Ausdruck einsetzen könnte, würde ich ihm dankbar sein. Ein Minderjähriger wird im allgemeinen nicht zur Börse zugelassen sein. Ich bin der Meinung, daß § 7 keiner Korrektur bedarf.
§ 7 wird in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso § 8.
§ 9 (ehrengerichtliches Verfahren) wird unverändert in der Kommissionsfassung angenommen.
§ 10 handelt von der Zuständigkeit des Ehrengerichts.
Reichsbankdirektor Dr. Koch erachtet, in der Fassung der Kommission die Worte »oder den Ansprüchen auf kaufmännisches Vertrauen« zu streichen, weil dadurch der Begriff der Ehre bedeutend abgeschwächt werde.
Abg. Graf Kanitz (konf.) hält die Fassung der Kommission für eine Verbesserung gegenüber der Regierungsvorlage.
Abg. Barth (frei. Bergg.): Je dehnbarer der Begriff »kaufmännisches Vertrauen« sei, desto mehr sei es ohne weiteres in die Hand der Kommission gegeben, eine kaufmännische Firma in ein ehrengerichtliches Verfahren hineinzuziehen und den Kredit der Firma aufs schwerste zu schädigen.
Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.) spricht sich im gleichen Sinne aus.
Die Abgg. Graf Arnim (Reichsp.) und Dr. Hahn

(fraktionslos) empfehlen die Kommissionsfassung, Ersterer mit der Begründung, daß namentlich den zahllosen Mißbräuchen des Selbsttrittsrechts durch die Kommissionäre gesteuert werden müsse.
§ 10 wird in der Kommissionsfassung angenommen. § 11 enthält Vorschriften über die Mitwirkung des Staatskommissars bei dem ehrengerichtlichen Verfahren.
Abg. Träger (frei. Volksp.) begründet seinen Antrag, nach welchem der Staatskommissar die Einleitung eines ehrengerichtlichen Verfahrens nicht verlangen, sondern nur beantragen dürfe, ohne daß diesem Antrage stattgegeben werden müßte.
Unterstaatssekretär Rothe: Der Staatskommissar soll nach dem Antrage Träger nur das Recht erhalten, Anträge zu stellen, dagegen nicht mit Vollmachten ausgerüstet sein, die Annahme der Anträge zu bewirken. Damit würde er eine völlig falsche Stellung erhalten.
Abg. Vachem (Centr.): Der Antrag Träger führt eine solche Verschiebung der Stellung des Staatskommissars herbei, daß der Zweck dieser Einrichtung, die ich für die beste im ganzen Gesetz halte, nicht erreicht werden würde. Wollte der Staatskommissar einmal zu forsich vorgehen, so wird er durch das Verdikt des Ehrengerichts korrigiert werden. Ich trete für den Regierungsantrag ein und bitte, den Antrag Träger abzulehnen.
Abg. Barth (frei. Ver.): Das Institut der Staatskommissare ist unerträglich gerade für die Mehrzahl der Kaufleute. Beantragt der Kommissar bei einem Kaufmann, die Bücher vorzulegen, so steigert sich der Verdacht von Unregelmäßigkeiten und das Verfahren wird nur komplizierter. Ich meine, daß durch den Staatskommissar ein dauernder Skandal an den Börsen erzeugt werde. Ich empfehle den Antrag Träger.
Abg. Freie: Graf Kanitz hat sich für den besten Freund der Börse gehalten, aber ich glaube, die Mitglieder der Börse werden der Ueberzeugung sein: Gott schütze mich vor meinem besten Freunde. Dem Staatskommissar bringe man schon volles Vertrauen entgegen, obgleich er noch eine ganz unbekannte Person ist. Der deutsche Kaufmann hält von seiner Ehre ebensowiel wie das deutsche Offiziercorps. Die §§ 11 und 13 werden die Folge haben, einen großen Theil des Handels zu vernichten. Deshalb stimme er in pleno dagegen. Die Verantwortung für die unheilvollen Folgen dieses Gesetzes schiebe ich Denjenigen zu, von denen es ausgegangen ist.
Abg. Graf Kanitz: Der Redakteur des »Berliner Tageblattes«, Herr Wiener, richtet in der Börsekommission an Herrn Gamp die Frage, ob das Ehrengericht auch Diejenigen fasse, welche sich der Bestechung schuldig gemacht. Als er das bejahte, habe Herr Wiener gemeint, dann könne man die Börse schließen. Nicht wir von der Rechten sind Gegner der Börse, und ich bitte, daß wir nicht dauernd für Gegner erklärt werden.
Abg. Träger betont, daß der Staatskommissar ungefähr die gleichen Rechte wie der Staatsanwalt habe. Solche Befugnisse seien aber doch an der Börse nicht zulässig.
Abg. Dr. Hahn wendet sich gegen die Ausführungen Freies und meint, es läge nicht im Interesse des hochangesehenen Bremer Kaufmannsstandes, wenn er ohne weiteres mit andern

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Die Berliner Gewerbeausstellung vor dem lever de rideau.

Mit einem heiteren, einem nassen Auge sieht der Berliner der Eröffnung der Gewerbeausstellung entgegen. Wer das Ausstellungsgelände besucht hat — und das haben in den letzten Wochen Hunderttausende gethan — hat das stolze Bewußtsein, daß die Ausstellung den Ruhm dessen, was Berlin gewerblich und künstlerisch zu leisten vermag, in alle Welt hinausgetragen wird. Aber, die Ausstellung wird nun doch nicht rechtzeitig fertig werden. Und die Berliner hatten sich schon so darauf gefreut, sich damit drücken zu können: »Was noch niemals in der Welt geleistet worden ist, das haben wir schneidigen Berliner zuwege gebracht: unsere Ausstellung tritt am 1. Mai so schnell, so fix und fertig an, wie ein Soldat zur Kaiserparade.« Und nun ist es damit nichts.
Wer sich mit gutem Gewissen zutrauen mag, daß er als Organistator der Ausstellung, nota bene unter den Verhältnissen, wie sie nun einmal obgewaltet haben, die Ausstellung rechtzeitig fertig gestellt hätte, der werfe den ersten Stein auf die Ausstellungsleitung; es wird sich Niemand finden. Jede Phase der Geschichte der Ausstellung wird durch eine Schwierigkeit eingeleitet. Zuerst handelte es sich um die Frage, ob eine Weltausstellung oder eine nationale oder eine lokale Ausstellung in Scene gesetzt werden sollte. Natürlich mußte sich der Rahmen nach der Entscheidung dieser Vorfrage richten. Dann kam der lange, häßliche Streit um die Platzfrage. Die »Viegentee«, die »Treyton« hieß es, und die beiden Feldlager bescherten sich mit einem Zingrimm, als ob der alte Jwist zwischen Berlin und Köln wieder ausgebrochen wäre. Es kamen die Schwierigkeiten, die die Gemeinde Treyton machte, es kam der Streit wegen der Beleuchtungsfrage hinzu, die Frage der Verkehrsmittel ließ sich auch nicht so leicht als wünschenswerth erledigen, und last not least verstanden es die Arbeiter, die sich als Herren der Situation fühlten, der Ausstellungsverwaltung das Leben gründlich sauer

zu machen. Daß trotz all dieser Hindernisse das Riesennetz so weit der Vollendung entgegengeführt werden konnte, ist eine höchst respektable Leistung.
Ja, diese Berliner Ausstellung ist ein Riesennetz und man müßte ja nun an den Besuch derselben mit einer gewissen Bangigkeit herangehen, wenn die Orientierung nicht von der Anlage der Ausstellung auf das Wirkliche unterstützt würde. Ihren besonderen Reiz haben die Gebäude: das muß man ihnen lassen, aber das Besondere ist nicht immer das Gute. Trotz Herrn v. Voetticher: Gips ist nun einmal kein echtes Material. Nun konnte man ja natürlich für Gebäude, die in einem halben Jahre wieder abgebrochen werden, nicht echtes Material verwenden. Aber ob nicht an einigen Stellen ein schmucker Holzbau an die Stelle des Gipses hätte treten können? Wie entsetzend solch ein Holzbau wirken kann, sieht man an dem gar nicht so kleinen, prächtigen Pavillon des Fernsprechermittlungsamtes. Den erfreulichsten Eindruck von den großen Gebäuden macht mir das Fischereigebäude mit seinem farbenfrohen grünen Dache und den gemüthlichen dicken Vorhängen. Das Eine freilich muß man all den Riesenbauten nachrühmen, daß sie einen gewaltigen, monumentalen Eindruck machen, wobei beim Hauptgebäude hervorzuheben werden muß, daß es von innen ungleich stärker wirkt als von außen. Namentlich die Kuppel, die von außen einen etwas gedrücktten Eindruck macht, erscheint innen durch die sehr geschickte Bemalung luftig und hoch.
Kann man den Gebäuden selbst nicht ein völlig uneingeschränktes Lob aussprechen, so muß man ihre Einfügung in den landschaftlichen Rahmen aus der Nähe rühmen. Wie hier Landschaft und Menschenwerk in einander gefügt sind zu einem wunderbaren Bilde, nein, zu einer ganzen Reihe köstlicher Bilder, das ist eins der größten Meisterwerke aller Zeiten. Trotz der Unzahl von Gebäuden, die die Einwohnerzahl einer mittleren Stadt beherbergen könnte, hat man immer das Gefühl, im Freien, von Licht, Luft, Wasser und grünen Bäumen umgeben zu sein. Der Anblick dieser entzückenden Natur frisch immer wieder den von vielem Sehen und Aufnehmen von Eindrücken abspannenden Geist auf. Und die prächtigen einzelnen Fernsichten! Wie herrlich ist der Blick von der Terrasse des Hauptgebäudes

über den neuen See nach dem Dresfeler Restaurant mit seinem Riesenthurm, oder der Blick von dem wasserumspülten Brückenkopfe von Alt-Berlin aus, oder — und das ist wohl das Bezauberndste von all den schönen Bildern — von der Terrasse des Bürgerbräus aus über den Karpenteich. Vor uns liegt der breite, vielfach sich windende Teich, auf dem majestätisch weiße Schwäne dahingelassen, an den Ufern des Teiches grünen die Bäume und bläuen die Büsche und jenseits lugen aus den Büschen die Thürme von Alt-Berlin hervor, von hier aus so echt, daß man sich ohne Zuhilfenahme der Phantasie ins Mittelalter zurückversetzt glaubt.
Warum ist hier ein Bräu? Komische Frage. Wo ist denn kein Bräu? Ich las neulich in der »New-Yorker Staatsztg.« eine Erinnerung an die großartige Friedensfeier, die die dortigen Deutschen im Frühjahr 1871 begingen. Es muß ein erhebendes Fest gewesen sein, aber der Durst kann auch nicht gering gewesen sein, denn am Schlusse des Berichtes heißt es: »In dem späteren Abendstunden war in der ganzen unteren Stadt kein Tropfen irgend eines Getränkes mehr zu erhalten; es war alles ausgetrunken.« Kommt über das große Wasser herüber, Ihr durstigen deutschen Brüder, in der Berliner Gewerbeausstellung sollt ihr keinen Durst leiden. Vor dem Ausstellungsgebäude ist eine erste äußere Enciente von Restaurants; dann kommt ein innerer Wall von Bier-, Weißbier-, Alt-, Wein-, Café-Votalen in Skiro, in Alt-Berlin, im Vergnügungspark, im Marineschau- spiel u. s. w., dann kommen die mit ungeheurer Munition versehenen Niesensforts Dresffel und Bürgerbräu, flankirt von einigen kleinen Forts; für den Fall aber, daß der Feind, der Durst, alle Werke nehmen sollte, hat sich das Hauptausstellungsgebäude mit einem Café Bauer und einem Damencafé armirt. Am 1. Mai werden die Restaurants allesamt fertig sein, um jeden Angriff abzuwehren.
Wenn es doch die Ausstellung auch wäre? Ich habe ja eine Reihe von Gründen angeführt, die das Fertigwerden erschweren, und es gibt deren noch mehr. Aber schade ist's doch. Als ich neulich in die Maschinenhalle trat, standen noch nicht viele Ausstellungsgegenstände darin; einige mächtige, kupferne Stessel fielen mir ins Auge. »Was stellen diese Stessel dar?« fragte ich

Kaufleuten identifiziert werde. Die Prophezeiungen über eine Schädigung der Börse würden sich nicht bewahrheiten.

Abg. Singer empfiehlt den Antrag Träger.
Die §§ 11 bis 35 einschließlich werden angenommen, der Antrag Träger abgelehnt. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung und Interpellation Meyers-Danzig, ob die Regierung beabsichtige, mit einer Konvertirung der 4^{er} und 3 1/2^{er} Proz. in 3 Proz. Reichsanleihen vorzugehen. Schluß 5 Uhr.

Badischer Landtag.

85. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer

am Montag den 27. April 1896.

(Schluß.)

Abg. Fieser will nur dem Abg. Wacker bemerken, daß in dieser Angelegenheit kein bindender Fraktionsbeschluß gefaßt worden sei und dies überhaupt nicht geschähe, so lange er der Fraktion angehöre. Man habe die fragliche Angelegenheit besprochen, er könne aber nur wiederholen betonen, daß kein Mitglied der Partei an solche Besprechungen gebunden und jedes in seiner Abstimmung vollständig unbehindert sei.

Abg. Wacker erwidert, daß zwei Thatsachen ihn zu seiner Bemerkung veranlaßt haben. Einmal habe sich die Kommission für Eisenbahnen und Straßen, der ja auch Nationalliberale angehören, für die Petition der Gemeinde Wolfswieser ausgesprochen, während jetzt die nationalliberale Fraktion eine entgegengesetzte Haltung einzunehmen scheine, und sodann habe Fieser die Abstimmung seiner Freunde vorausgesagt, bevor einer derselben gesprochen habe.

Abg. Klein möchte demgegenüber feststellen, daß er und einige Freunde in der fraglichen Sitzung der Eisenbahnkommission nicht anwesend waren. Einen Beschluß habe die Kommission in dieser Sache überhaupt nicht gefaßt, sie habe vielmehr nur vorläufige Besprechungen abgehalten, bei denen man aber gar nicht einig in der Beurteilung der Petition war, wie ja schon die Abstimmung des Abg. Delske zu einer Besichtigung an Ort und Stelle bewiese.

Nach einer kurzen Erwidernng des Abg. Weber hierauf und einer nochmaligen Erklärung des Abg. Klein wird die Diskussion geschlossen. Nach einem Schlußwort des Antragstellers Kopf und des Berichterstatters, sowie nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Delske wird zur Abstimmung geschritten, welche die Annahme des Kommissionsantrags mit 27 gegen 20 Stimmen ergab.

§§ 11 und 12 werden ohne Diskussion angenommen. Bei Titel IV Transportmaterial erklärt der Abg. Hug, es seien mehrere Millionen für Transportmaterial angefordert, das schon theilweise bestellt sei. Er trage Bedenken hiergegen vom formalrechtlichen Standpunkt.

Generaldirektor Geh. Rath Eisenlohr begründet die Bestimmung mit der Dringlichkeit derselben. Abg. Lohr führt Beschwerde darüber, daß man auf der Strecke Stahringen—Ueberlingen nur altes Zugsmaterial bekommen habe, trotzdem im Budget 1893/94 gerade für die Bahnlinie neues Material vorgesehen gewesen sei. Er glaube nicht, daß die Verwendung der hierfür angeforderten Mittel eine budgetmäßige war.

Generaldirektor Geh. Rath Eisenlohr erwidert, daß die Anforderung nicht den Sinn gehabt habe, daß die neu zu beschaffenden Wagen auch für die Strecke Ueberlingen—Stahringen zur Verwendung zu kommen haben. Die Anschaffungen seien infolge der neuen Bahnlinie erforderlich geworden, die Verwendung der Wagen erfolge je nach Bedürfnis auf den verschiedenen Strecken.

Abg. Birkenmeyer spricht den Wunsch aus, daß in Waldshut wieder eine Eisenbahndirektionswerkstätte errichtet werden möge.

Titel IV und V, sowie B., Staatsbeiträge zu Lokal- und Nebenbahnen, werden sodann ohne weitere Debatte angenommen; ferner die §§ 1—6 des Nachtrags.

Bei § 7, Bahnhofsbau in Bruchsal und Verlegung des Einmündungsbogens der Brettener Bahn, I. Rate, bittet der Abg. Keller um Erstattung einer neuen Zollhalle, und zwar auf der östlichen Seite der Stadt.

Abg. Straub schließt sich diesem Wunsch des Vorredners an und bittet noch um eine Auskunft darüber, in welchem Verhältniß die Unterführung bei der »Hofe« zu dem Bahnhofsbau stehe. Bei der Antipathie eines Theils der Bruchsaler

wissenschaftlich einen Arbeiter. „Braupfannen“, war die prompte Antwort. „Die guet teuffisch allewege“ dachte ich befriedigt und ging in's Hauptgebäude. Ja, da wurde noch mit feberhaftem Eifer an der Fertigstellung der Schränke und Köfen gearbeitet, von Anstellungsobjekten natürlich noch keine Spur. Also die äußere Umrahmung, die die einzelnen Aussteller ihren Ausstellungsobjekten geben wollen, waren vier Tage vor Beginn der Ausstellung lange noch nicht fertig. Uebrigens wird diese Einfassung vielfach sehr geschmackvoll ausfallen, stellenweise sogar prachtvoll; ich sage nichts als „Ednigliche Porzellanmanufaktur“. Berathen wird nichts; Fremder kommt her und sieh' Dir's an. Ja, Fremder, komm her.“ Das kam ich mit bestem Gewissen den Lesern zuzuführen. Daß bei einem so ungeheueren Werke nicht alles von der höchsten Vollendung sein kann, versteht sich ja von selbst. Aber die Ausstellung als Ganzes genommen ergreift mich jedesmal wieder gewaltig in der Seele. Denn zu dem Schaffen eines so riesigen Werkes gehört eine gewaltige Phantasie, ein mächtiger Schwung. Und darum liegt in diesem Werke, das uns die Erzeugnisse nuchterner Arbeit vorführen soll, ein tächtig Stück guter, häßner Poesie.

„Fremder, komm her.“ Es werden, wenn nicht alles täuscht, ungezählte Tzehntausende nach Berlin wallen. Nicht nur aus dem engeren Vaterlande, nein, auch aus der ganzen Welt. Aus Norwegen höre ich, daß sich tout le monde ein Rendezvous zu der Berliner Ausstellung gibt. In Amerika sollen sich, wie ein amerikarisches Blatt berichtet, ganze Städte nach Berlin in Bewegung setzen. Sie sollen herzlich willkommen sein. Und es ist uns ein stolzes, hohes Gefühl, daß nicht nur uns Berliner, nein, das alle Deutschen durchdringen darf, zu wissen, daß diese Ausländer die Reichshauptstadt mit einem Gefühl der höchsten Achtung vor deutscher Arbeit verlassen werden.

Und in dem frohen Gefühl, daß das Stück den Zuschauern gefallen wird, rufen wir: „Vorhang hoch!“

Ludwig Ach.

Bevölkerung gegen die Unterführung sei es für den Stadtrath von großem Interesse, zu erfahren, ob dieselbe vor oder nach dem Bahnhofsbau vorzunehmen sei bezw. vielleicht infolge dieses überhaupt entbehrt werden.

Generaldirektor Geh. Rath Eisenlohr erwidert, daß eine bestimmte Entscheidung über die Reihenfolge der Arbeiten noch nicht getroffen sei, die Generaldirektion sich aber vorher jedenfalls mit dem Stadtrath in Bruchsal in's Benehmen setzen werde.

§ 7, sowie die §§ 8—13, letzterer mit dem Kommissionsantrag unter Strich der Worte »I. Rate« werden ohne weitere Diskussion angenommen, ebenso § 14.

Zu § 15, Herstellung eines Hafens in Kehl, I. Rate, stellt die Kommission den Antrag, die angeforderten 600 000 M. unter Strich der Worte »I. Rate« zu bewilligen.

Von den Abgg. Flügge, Gönner, Haug, Weber ist ein Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage eingekommen. Auf Antrag des Abg. Hug wird dieser Antrag, sowie die Regierungsvorlage zur nochmaligen Beratung an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Die §§ 16 und 19, sowie B. Staatsbeiträge zu Lokal- und Nebenbahnen, und die §§ 1 bis 4 in Einnahme werden debattelos angenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Beratung des Gesetzentwurfs, die Erbauung einer schmalspurigen Eisenbahn von Ottenheim nach Kehl, nebst Abzweigungen von Ottenheim nach Offenburg betreffend.

Der Berichterstatter, Abg. Greiff, begrüßt die Vorlage freudig, da dieselbe ein neuer Beweis dafür sei, daß die Großregierung die hervorragende Bedeutung, welche eine rasche und kräftige Entwicklung des Kleinbahnwesens auch für die Landwirtschaft hat, richtig zu würdigen wisse und dieser wichtigen Frage ihre volle Aufmerksamkeit und Fürsorge zuwenden. Nach dem in Vorschlag gebrachten Projekt werde die Bahn in Ottenheim von der Lahrer Straßenbahn abzweigen, die Orte Reichenheim, Jochenheim, Dundenheim, Altkenheim, Goldsweyer, Marlen, Sundheim, Dorf Kehl verbinden und in Stadt Kehl in die Linie Bahl—Kehl einmünden. Von Altkenheim soll eine Anschlusslinie über Mülken, Schutterwald und Offenburg an der Station der Hauptbahn hergeführt werden. Diese Zuglinie müsse als durchaus zweckmäßige bezeichnet werden. Von größter Wichtigkeit für das ganze Unternehmen sei, daß die Staßburger Straßbahngesellschaft die Absicht habe, nach Herstellung der neuen Rheinbrücke die Geseise der von ihr betriebenen Kehl—Bühler Bahn bis an die Stadt Straßburg weiterzuführen, wodurch auch die Niebbahn eine direkte Verbindung mit Straßburg erhalten würde. Redner gibt sodann eine Darstellung der Finanzierung und etwaigen Rentabilität des Unternehmens, welche letztere sich jedenfalls nach Fertigstellung der Kehler Rheinbrücke und Durchföhrung der Bahn einerseits von Bahl, anderseits von Dinglingen und Offenburg nach Straßburg steigern werde. Zu den einzelnen Artikeln der Gesetvorlage habe die Kommission Bemerkungen nicht zu machen, da die hier aufgestellten Bedingungen die gleichen sind, wie diejenigen der bisher gebauten Nebenbahnen. Die Kommission könne sich vielmehr mit dem Gesetvorschlage ganz einverstanden erklären, in dem sie glaube, daß durch die Erklärung dieser Bahn einestheils den wirtschaftlichen Bedürfnissen des betreffenden Landestheils in geeigneter Weise Rechnung getragen werde, während anderseits die allgemeinen staatlichen Verkehrsinteressen gefördert werden. Die Kommission beantrage daher, dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu ertheilen.

Die Abgg. Weber und Flüge danken für die Vorlage; letzterer hofft, daß die Großregierung eventuell den betreffenden Gemeinden einen weiteren Theil der Kosten der Bahn abnehme.

Abg. Muser wünscht einstimmige Genehmigung der Vorlage. Die Wünsche der Stadt Offenburg nach einer Vollenbahn bis Straßburg heute vorzubringen, wolle er unterlassen; er hoffe aber, daß diese Hoffnungen noch in Erfüllung gehen werden. Abg. Haug weist darauf hin, daß man in Dorf und Stadt Kehl der Bahn nicht sympathisch gegenüber stehe, da man sich den Hauptvortheil von derselben für Straßburg verspreche. Er werde aber gleichwohl für den Kommissionsantrag stimmen. Der Gesetzentwurf wird sodann einstimmig angenommen. Eine Vorlage des Finanzministeriums betrifft die provisorische Steuererhebung im Mai 1896 (bis 16. Mai 1896). Abg. Wacker erklärt, daß eine Verlängerung auf nur 14 Tage noch nicht vorgekommen sei; er bitte, um sich mit seinen Freunden besprechen zu können, die morgige Sitzung erst auf 10 Uhr anzuberäumen.

Diesem Antrag wird stattgegeben und hierauf die Sitzung um 8 Uhr geschlossen.

86. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer

am Dienstag, den 28. April 1896.

(Ausführlicher Bericht.)

Am Regierungstisch: Geh. Legationsrath Rittel, später der Präsident des Groß. Finanzministeriums Staatsrath Dr. Buchenberger, Domänendirektor Lewald, Ministerialrath Schoth.

Präsident Gönner eröffnet die Sitzung 9 1/4 Uhr. Neue Petitionen sind nicht eingekommen.

Der Stadtrath in Mannheim dankt in einem vom Präsidenten zur Verlesung kommenden Schreiben für das der Stadt in der Hohen Kammer bezogene Wohlwollen und läßt die Mitglieder des Hauses zu einer Besichtigung der Stadt und besonders der Verkehrsanstalten der Stadt ein.

Die Beratung über die im außerordentlichen Etat der Bahnbauverwaltung angeforderte Summe für einen Hafensbau in Kehl wird fortgesetzt.

Abg. Hoffmann: Die Budgetkommission beantrage, die Regierungsvorlage in der Fassung wie von der Regierung beantragt, anzunehmen. Der Antrag der Budgetkommission auf Strich des Zusatzes »I. Rate« werde zurückgezogen. Dieselbe wird sodann einstimmig angenommen.

Sodann berichtet namens der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Forterhebung der Steuern bis zum 16. Mai d. J. der Präsident der Budgetkommission

Abg. Hug und beantragt, den Entwurf unverändert anzunehmen, sowie über denselben in abgeklärter Form zu berathen. Der Gesetzentwurf wird, nachdem letzteres genehmigt, einstimmig angenommen.

Hierauf tritt das Haus in die Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Groß. Finanzministeriums, Ausgabe Titel IV, Einnahme Titel I, Domänenverwaltung ein.

Berichterstatter Abg. Krichle: Der Bericht sei etwas umfangreicher geworden, einmal wegen der gesteigerten Ausgaben und Einnahmen, sodann besonders wegen der wichtigen Nachträge im außerordentlichen Etat, die eingehender Behandlung werth erschienen. Aus der allgemeinen Uebersicht über die Ausgaben und Einnahmen ersehe man, daß die Einnahmen in den letzten zehn Jahren eine steigende Tendenz hatten und von 5 Millionen im Jahre 1886 auf 7 Millionen gestiegen seien. Die Kapitalien des Domänengrundfunds betragen 20 Millionen; da hierunter die unverzinsliche Schuld der Amortisationskasse von 20 Millionen einbezogen sei, betragen die verzinslichen Kapitalien 10 Millionen Mark. Dieselben hätten gegen die vorherige Budgetperiode etwas abgenommen, doch sei nach Mittheilung der Großregierung in nächster Zeit eine Zunahme des Kapitalvermögens zu erwarten.

Zu der Centralverwaltung werde die Stelle eines Abtheilungsvorstandes und vordirektions Rathes der Domänenverwaltung angefordert. Unter Bezirksdomänenverwaltung seien 800 M. mehr angefordert zur Einrichtung von Lehrkursen für das staatliche Forstschulpersonal. Die Budgetkommission habe die Erwartung, daß auch die Waldhüter der Gemeinden, soweit dies möglich sei, zur Theilnahme an diesen Kursen zugelassen würden. Mit der von der bisherigen abweichenden Verteilung der Ausgaben für Weganlage und Begunterhaltung auf ordentlichen und außerordentlichen Etat, welche ihren Grund habe in der anderen Verteilung der Kosten auf Grundstock und Wirtschaft sei die Kommission ebenfalls einverstanden.

Der Berichterstatter erörtert sodann die einzelnen in Anforderung gebrachten Positionen des außerordentlichen Etats und verweist besonders bezüglich der Anforderungen für Umbauten am hiesigen Hoftheater, die Renovirung des Heidelberg Schloßes auf die im Bericht enthaltenen ausführlichen Darlegungen. Die Kommission beantrage die Ausgaben im ordentlichen Etat mit 9 882 822 M., im außerordentlichen Etat mit 2 369 959 M., die Einnahmen im ordentlichen Etat mit 17 286 664 M., im außerordentlichen Etat mit 2 369 959 M. zu genehmigen.

Abg. Wehgoldt möchte die Aufmerksamkeit der Regierung und des Hauses auf die Hasler-Höhle lenken, welche eine der schönsten und größten Deutschlands sei, und will die Anregung geben, diese Höhle elektrisch zu beleuchten. Die elektrische Beleuchtung sei infolge der durch die Kienfackeln hervorgerufenen Schwärzung der Tropfsteinebildung geradezu notwendig geworden. Der Haselbach habe Wasser genug, um die zum elektrischen Betrieb ausreichende Kraft zu liefern.

Staatsrath Dr. Buchenberger freut sich, daß der Herr Abg. Wehgoldt die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auf die interessante Hasler-Höhle gelenkt hat, die Redner selbst kennt und die auch schon Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen ist. Es sei zuzugeben, daß die jegige Art der Beleuchtung der Höhle mangelhaft und eine Verringerung in dieser Beziehung wünschenswerth ist. Ob es möglich sei, elektrische Beleuchtung einzurichten, müsse zunächst noch Gegenstand der technischen Untersuchung sein. Das könne er (Redner) jetzt schon sagen, daß das Domänenräar kaum in der Lage sein werde, den Aufwand für eine solche Herstellung ganz auf sich zu nehmen. Wie der Herr Vorredner bereits angeführt habe, sei das Recht, die Besichtigung der Höhle zu gestatten, verpachtet und der Pächter ziehe die Eintrittsgelder ein. Im Zusammenhang damit werde zu prüfen sein, wem der Aufwand zur Last zu setzen sei. Unter der erwähnten Voraussetzung sei Redner gern bereit, in eine Prüfung der angeregten Frage einzutreten.

Abg. Neuwirth befürwortet den Neubau eines Soolbades in der Domäne Rappanau. Der Rückgang der Frequenz in den letzten Jahren rühre zweifellos von dem primitiven Zustand der Badeanstalt her; im Hause sei der Schwamm und ein Modergeruch komme den die Kabinen betretenden Personen entgegen. Auch sei einmal der Theil einer Decke in einer Badezelle herabgefallen. In der Nähe des Badhotels könnte diese Badeanstalt erstellt werden. Der Aufwand von 50 000 Mark werde wohl genügen. Er bitte die Regierung, diese Sache im Auge zu behalten.

Domänendirektor Lewald will, wenn auch die Schilderung, die der Herr Abg. Neuwirth von dem Soolbad in Rappanau gegeben, grau in grau gehalten sei, doch nicht in Abrede stellen, daß der Zustand des Bades ein ziemlich primitiver sei und nicht mehr den Anforderungen entspreche, die heutzutage an eine gut eingerichtete Badeanstalt gestellt werden; doch sei dies nicht etwa auf fehlende Sorgfalt der Großregierung zurückzuführen, sondern es sei eben bisher nicht wohl möglich gewesen, Abhilfe zu schaffen. Es habe namentlich an der Versorgung des Bades mit Süßwasser gefehlt und vor der Lösung dieser Frage habe man auch größere bauliche Aenderungen der Badeanstalt nicht in Angriff nehmen können. Nachdem nunmehr eine neue Wasserversorgung für die Saline, und zwar in vortrefflicher Weise, erstellt worden sei, könne er namens der Großregierung in Aussicht stellen, daß man der Verbesserung der Badeanstalt unverweilt nahe treten werde. Zur Durchführung dieser Absicht böten sich verschiedene Modalitäten; entweder könne man aus Staatsmitteln einen Neubau für das Soolbad erstellen oder man könne es der Privatunternehmung überlassen, an einem geeigneten Ort in der Nähe des Badhotels einen solchen Neubau zu errichten. Welcher Weg sich am meisten empfehle, werde Gegenstand weiterer Erwägungen sein.

Abg. Breitner: Die Normativbestimmungen, welche das

